



tacheles GRATIS

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 64 · Frühsommer 2016 · Kostenlos

WAS PASSIERT, WENN DER MENSCH DES MENSCHEN WOLF WIRD?



Inhalt

Die Wölfe sind zurück	2
Kosten der Unterkunft:	
Zu wenige „angemessene“ Wohnungen	3-4
DGB ruft zur Solitarität auf	4
Moderne Ordnungspolitik sieht anders aus	5
Wie geht es weiter mit dem Ittertal?	6-7
Was wird aus dem Schwimmbad Vogelsang?	8
Nicht nur Flüchtlinge müssen sich integrieren ...	9-10
Städtisches Klinikum und die Fallpauschale	11
Türkei und Menschenrechte	12
In letzter Minute: Recherchen zum Wenzelnberg	13
Rede zum 73. Jahrestag der Sinti Deportation	13
Der Gutmensch	14
Nachruf auf Manfred Korten	15
Gruppeninfos	16

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation
und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Ausgabe 64 1.5.2016
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
IBAN: DE31330605920005464641
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)
Layout: Heinz Mähner
Titelbild: Zweibrüder Kunst- & Kultur GmbH

Die Ausstellung „Die Wölfe sind zurück“ warnt vor Rassismus

Die Ausstellung: „Die Wölfe sind zurück“ ist ein Projekt der Zweibrüder Kunst- & Kultur GmbH von Harald und Rainer Opolka. Vielen sind die zwei u.a. vom Solinger LED-Taschenlampen-Hersteller Zweibrüder Optoelectronics bekannt. Die Ausstellung, die auf großen Plätzen zunächst in Dresden (siehe auch Titelbild), dann in Potsdam stand, soll in allen Bundesländern gezeigt werden. Zurzeit werden Anträge u.a. für Düsseldorf und Köln gestellt. Rainer Opolka schiebt dazu:



*Rainer Opolka im engagierten Gespräch mit dem Publikum
über die Ausstellung und das Thema Rassismus
Foto: Zweibrüder Kunst- & Kultur GmbH*

„Kunst ist nicht der Staub aus alten Bildern in hohle Schädel geblasen, sondern das was die Menschen bewegt. 66 aus Metall gegossene Wölfe wirken bedrohlich und werfen Fragen auf: Was passiert, wenn die Formen der Ordnung und des Zusammenhalts zerbrechen und Fremdenfeindlichkeit sich wie ein Virus ausbreitet? Wenn moralisch-ethische Regeln ihre Gültigkeit verlieren und die Gesellschaft zunehmend von Angst, Gewalt und Verrohung geprägt wird? Wenn blinder Nationalismus sich breitmacht? Wenn Menschen aus der Enge der eigenen Lebensverhältnisse eine Sichtweise entwickeln wie Kaninchen im Stall? Wenn Staaten, der inneren Verrohung folgend, auch nach außen aufrüsten und aggressivere Töne anschlagen würden? Was also passiert, wenn der Mensch des Menschen Wolf wird? Die Ausstellung: ‚Die Wölfe sind zurück‘ soll das zeigen und uns eine Warnung sein.

Dresden und Potsdam bilden den Auftakt zu einer Tour der Wölfe durch unser Land, die über 1 Million Menschen sehen sollen. Ich will mit der spektakulären Aktion die Bürger anregen, mehr gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt zu tun. Ich habe mir vorgenommen, tausende Gespräche zu führen und werde während der Ausstellungen fast durchgängig anwesend sein.

Letztlich soll die Kunst-Aktion auch deutlich machen, dass wir in unserem Land Bedingungen schaffen müssen, unter denen niemand mehr hassen muss. Das Übel an der Wurzel fassen, heißt: Nicht nur Verbitterung, Hass und Gewalt bekämpfen, sondern die Krise als Aufforderung begreifen, an einer Gesellschaft zu bauen, die der sozialen und politischen Spaltung entgegenwirkt. Aus alledem resultiert dann das Wachstum der Menschen als Brandmauer gegen Hass und Gewalt. Nur dies, und nicht dumpfe Abgrenzung, kann das Ziel einer demokratischen Gesellschaft sein.“

www.diewoelfesindzurueck.de

KOSTEN DER UNTERKUNFT

Angemessene Wohnungen statistisch vorhanden, aber real nicht verfügbar

Jede Woche finden in Solingen mindestens zwei Wohnungs-Zwangsräumungen statt. Die Notunterkünfte für Obdachlose sind voll. Seit langer Zeit sind dort wieder mehrere Kinder und noch mehr Jugendliche untergebracht. Die Situation hilfsbedürftiger Menschen wird auch in unserer Stadt, gerade vor dem Hintergrund eines für sie immer enger werdenden Wohnungsmarktes, zunehmend unerträglich. Dies hat auch nicht unerheblich etwas mit den Regelungen des sogenannten Schlüssigen Konzeptes zu tun, in dem die Mietobergrenzen für Arbeitslosengeld-II- und Grundsicherungs-EmpfängerInnen festgelegt wurden.

Schon für Ende des alten und Anfang des neuen Jahres, dann für Mitte dieses Jahres, sollte eine Überprüfung der KDU-Regelung eintreten. Jetzt sieht es so aus, dass hier erst im dritten Quartal des Jahres etwas passieren wird. Das ist eigentlich nicht akzeptabel, denn fast jeder weiß, dass wir ein erhebliches soziales Problem haben und es wegen der zu erwartenden finanziellen Haushalts-Mehrausgaben nur darum geht, wann eine neue Regelung in Kraft tritt. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die zuständige Verwaltung auf dem Rücken der Betroffenen auf Zeit spielt. Der versprochene Bestandsschutz war zunächst nahezu wirkungslos, wurde dann etwas nachgebessert, hat aber an dem Problem kaum etwas geändert. Im Arbeitslosenzentrum SALZ erscheinen jeden Tag zwei bis drei Hilfeempfänger die aus ihrem Regelsatz zum Leben 20 bis 200 Euro fürs Wohnen aufbringen müssen, die dann beim alltäglichen Lebensunterhalt fehlen.

Mindestens 2520 HilfeempfängerInnen zahlen zu

Viele schaffen es nicht innerhalb der Frist von 6 Monaten ihre Unterkunfts-kosten zu senken, weil sie keine angemessene neue Wohnung finden. Im Jahr 2012 mussten bundesweit knapp 800.000 Bedarfsgemeinschaften im Durchschnitt 64 Euro für die Miete selbst aufbringen (BT-Drs. 17/11946,7). Inzwischen ist das sicherlich mehr geworden. Stand Januar 2016 mussten in Solingen von insgesamt 7499 Bedarfsgemeinschaften (eine Bedarfsgemeinschaft hat durchschnittlich 1,9 Personen) im ALG-II-Bezug, 1056 Bedarfsgemeinschaften zur Miete hinzuzahlen. Bei einem Ein-Personen-Haushalt betrug dies durchschnittlich 71,12 Euro. Bei den Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung im Alter oder Erwerbsunfähigkeit beim Sozialamt müssen derzeit 270 HilfeempfängerInnen zuzahlen. Somit leben in dieser Stadt mindestens 2520 HilfeempfängerInnen, die aus dem Regelsatz für das all-



Unter freiem Himmel einschlafen und unter freiem Himmel aufwachen hat was Therapeutisches. Foto: (cc) Wikimedia Commons Downtowngal

tägliche Leben (404 pro Person bzw. 364 Euro bei Paaren) zur Miete hinzuzahlen müssen, weit unter dem Existenzminimum. Vielen davon bleibt für den monatlichen Lebensunterhalt weniger übrig als ein starker Raucher allein für seine Rauchwaren ausgibt.

Ein konkretes Beispiel: Eine alleinerziehende Mutter hat 20 Jahre auf der Couch in ihrem Wohnzimmer geschlafen und auf vieles verzichtet, damit die drei Kinder u. a. ein eigenes Zimmer hatten. Sie ist stolz darauf, dass aus allen Kindern etwas geworden ist. Jetzt ist das letzte Kind aus der SBV-Wohnung ausgezogen, und sie soll 160 Euro zur Miete hinzuzahlen, weil sie auch im Bauverein bislang keine preiswertere Wohnung gefunden hat. Ihr bleiben dann noch 244 Euro monatlich zum Leben.

Von 10 freien Wohnungen nur 2 verfügbar

Rechtlich ist die Kommune verpflichtet, „höhere als die als angemessen geltende Mieten anzuerkennen, wenn es im öffentlich geförderten Wohnraum solche Wohnungen nicht gibt“ (SG Köln, 30.01.2006 – S 14 AS 41/05 ER), oder zumindest, wenn nachweisbar ist, dass kein entsprechender angemessener Wohnraum verfügbar ist, muss die tatsächliche Miete anerkannt werden. Die zuständige Verwaltung zeigt aber keine klare Regelung auf, in welcher Weise dieser Nachweis erbracht werden kann und muss, obwohl sie dazu rechtlich verpflichtet ist.

Bislang galt noch die Regelung, dass man sich beim Wohnungsamt melden muss, um freie angemessene Wohnungen angezeigt zu bekommen. Wenn dies innerhalb von drei Monaten nicht geschieht, muss die alte, nicht angemessene Wohnung weiter gezahlt werden, bzw. die Genehmigung für den Bezug einer etwas teureren, neuen Wohnung erteilt

werden. Eine solche Regelung, die kaum jemanden schriftlich bekannt ist, hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Jetzt gibt es beim Wohnungsamt die lakonische Auskunft (auch dokumentiert durch Aushänge), dass es keine angemessenen Wohnungen mehr gibt. Dies wird dort jedoch dem konkreten Hilfeempfänger nicht schriftlich bestätigt. Wie soll also nachgewiesen werden, dass theoretisch vorhandene Wohnungen (laut Schlüssigen Konzept), praktisch und real nicht verfügbar sind? Hinzu kommt auch, dass von 10 freien Wohnungen nur etwa 2 für ALG-II-Beziehende konkret verfügbar sind, weil Arbeitslose oft auch verschuldet sind (Schufa), den gewünschten Gehaltsnachweis nicht vorlegen können und gerade Migranten oder Alleinerziehende mit Kindern es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben.

Verwaltung versteht das Problem nicht

Wenn jetzt das Jobcenter und der neue Sozialdezernent, Jan Welzel, das Problem herunterspielen, weil 86 Prozent der HilfeempfängerInnen ja in einem angemessenen Wohnraum leben würden und nicht hinzuzahlen müssten, dann zeigt diese Argumentation nur, dass das Problem hier nicht verstanden wird. Die allermeisten Betroffenen wohnen unter den Bedingungen von Bestandsmieten, die in den letzten Jahren nur relativ leicht erhöht wurden. Die großen Probleme entstehen aber, wenn ein Umzug notwendig wird, etwa weil die Wohnverhältnisse unzumutbar oder ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft auszieht (älter gewordene Kinder, Trennung usw.) und die Wohnung für die geringere Personenzahl zu teuer wird. Bei jeder Neuvermietung erhöhen nämlich die Vermieter in der Regel die alte Grundmiete. Diese ist dann nicht mehr ange-

messen und die Betroffenen müssen dann, weil sie nicht umziehen dürfen und können monatelang aus dem Regelsatz zuzahlen. So werden sie in die Verschuldung getrieben, was immer öfter mit Strom- und Energiesperren oder Zwangsräumungen endet.

Auch die Argumentation des Wohnungsamtes, wonach die Angemessenheitsgrenzen angesichts etwa 4.000 leerstehender Wohnungen in dieser Stadt, in Ordnung wären, ist grotesk. Wer die Wohnungs- und Sozialverwaltung kritisiert, dass sie – obwohl schon vor zwei Jahren von der Politik dazu aufgefordert wurde verstärkt die Unterbringung von zu uns Geflüchteten in privaten Wohnraum zu betreiben – bislang nur 177 private Wohnungen angemietet und auch belegt hat, der bekommt zu hören, dass diese Zahl der leerstehenden Wohnungen nicht sehr belastbar und es äußerst schwierig sei, hier Menschen mit Wohnungen zu versorgen.

Übergangslösungen und Anforderungen für eine Überprüfung

In der Sozialausschusssitzung vom 5. April wurde auf Initiative von Grünen, Linken und SPD beschlossen, eine Überprüfung des sogenannten Schlüssigen Konzept, nicht wie die



Verwaltung es wollte, bis Ende des Jahres, sondern bereits im 3. Quartal des Jahres vorzunehmen. Leider fanden die Vorschläge der Grünen bezüglich einer Übergangslösung und der Kriterien an ein neues Gutachten hier noch keine Mehrheit. Hierzu werden aber noch, bevor der Auftrag vergeben wird, Beschlüsse gefasst werden müssen.

Nach Auffassung der Grünen sollten dann folgende Regelungen vereinbart werden:

- Der Faktor der Bemessung der angemessenen Unterkunftskosten soll auf Basis der Neuvermietungen von den Gutachtern realistisch angesetzt bewertet werden.
- Ebenso sollte ein Verfügbarkeitszuschlag geprüft werden.
- Weiterhin müsste die Situation der bereits vorhandenen Bedarfsgemeinschaften als

Faktor für die Angemessenheit des verfügbaren Wohnraums berücksichtigt werden: Wie viele zahlen wieviel zur Miete hinzu?

- Die Nebenkosten, vor allem beim Wasser, sowie bei der zu erwartenden Grundsteuererhöhung sollen genauer erfasst und berücksichtigt werden.
- Die Wohnungsmarktberichte der Stadt (Engpässe bei Single- und Großfamilien-Wohnungen) und des Landes sind hierbei einzubeziehen.
- Bis zum Ergebnis dieser Überprüfung wird ein Ermessensspielraum von 20 Prozent über die bisher geltenden Angemessenheitsgrenzen eingeräumt.
- Der Stadtdienst Wohnen wird kurzfristig in die Lage versetzt, wenn dort keine angemessenen Wohnungen verfügbar sind, entsprechende Bescheinigungen auszustellen, damit das Jobcenter die Fristen bei den Mietsenkungen verlängern, bzw. Zusagen zur Anmietung von etwas teureren Wohnungen geben kann und nach Möglichkeit sollte.
- Die Stadt erarbeitet und veröffentlicht eine klare, praktikable und verständliche Regelung, wie und wann für HilfeempfängerInnen der Nachweis erbracht werden kann, dass für sie kein entsprechender angemessener Wohnraum verfügbar ist.

Frank Knoche

DGB: ES IST AN DER ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

Am 1. Mai demonstrieren wir für mehr Solidarität – zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, Einheimischen und Flüchtlingen, Schwachen und Starken. Es ist an der Zeit für mehr Solidarität, und wir brauchen Zeit für mehr Solidarität!

Integration geht nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten!

Deutschland steht vor großen Aufgaben: Hunderttausende sind vor Krieg und Terror zu uns geflüchtet. Sie treffen hier viel zu oft auf Hass und Menschenfeindlichkeit. Dagegen wenden wir uns entschieden – die Antwort heißt Integration in Arbeit und Gesellschaft, nicht Ausgrenzung! Die Gewerkschaften stehen für eine freie, offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Geflüchtete und Einheimische dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern: Keine Ausnahmen beim Mindestlohn, keine Absenkung von Arbeitsschutzstandards!

Solidarität braucht einen handlungsfähigen Staat!

Die Gewerkschaften weisen seit Jahren auf die fehlenden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hin. Darunter leiden alle Menschen. Wir brauchen Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrswege, den Wohnungsbau sowie mehr Personal im öffentlichen Dienst, bei

der Polizei, in Schulen und Kitas. Der jetzige Zustand gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir wollen Solidarität im Betrieb: kein Lohndumping, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft!

Im Koalitionsvertrag wurde zugesagt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich verhindert wird. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen verdienen weniger und werden schlechter behandelt als die Stammebelegschaft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir fordern ein Gesetz, das Missbrauch wirksam verhindert.

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden!

Die Rentenerhöhungen für 2016 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Millionen Menschen eine Altersarmut droht, wenn nicht jetzt gegengesteuert wird. Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt!

Die Lohnlücke bei Frauen liegt immer noch bei 21 Prozent. Und wenn Frauen sich für Teilzeit entscheiden, dürfen sie selten zurück in eine Vollzeitstelle. Zwei Gesetze, zu Lohntransparenz und zum Rückkehrrecht auf



Vollzeit, sind angekündigt. Sie müssen auch kommen!

Das Mitbestimmungsgesetz muss den neuen Herausforderungen angepasst werden – dafür gehen wir in die Offensive!

Mitbestimmung ist gelebte Solidarität. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, um Folgen der Digitalisierung und Demografie wirksam zu steuern.

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.

MODERNE UND INTELLIGENTE ORDNUNGSPOLITIK SIEHT ANDERS AUS ODER: Der Antrag der CDU auf massive Erhöhung der Zahl der städtischen Ordnungskräfte

Moderne und intelligente Ordnungspolitik und Ordnungsmaßnahmen müssen auch wirklich anders aussehen. Sie haben in unserer Stadt auch schon einmal anders, moderner und intelligenter ausgesehen. Der Antrag der CDU auf Erhöhung der Zahl der Ordnungskräfte (es war von ca. ein Dutzend zusätzlichen Stellen die Rede) ist ein Rückfall in ganz alte Zeiten, ineffektiv und vor allem nicht intelligent.

Die Älteren unter uns werden sich erinnern. Die Vokabeln damals waren sehr ähnlich. Bedrohungsgefühle im öffentlichen Raum, Angsträum, Belästigungen, Gefährdungspotential usw., nur der Standort war ein anderer. Es ging schwerpunktmäßig um den Bahnhofsvorplatz in Ohligs, den Bremsheyplatz. Die Forderungen gingen in eine ähnliche Richtung. Verschärfung der Straßensatzung, mehr Überwachung, letztlich sollte mehr Polizei das Problem lösen. Diese Forderung kam auch vor allem aus den Reihen der Partei mit dem großen C im Namen. Soweit die Parallele zu heute.

Damals wurde es doch noch intelligent und effektiv. Der damals zuständige Dezernent, übrigens auch aus der Partei mit dem großen C, startete eine Initiative, die darauf abzielte ordnungspolitische Maßnahmen mit sozialpolitischen zu verbinden und positiv aufeinander zu beziehen.

Er wusste, auch gute Sozialarbeit, nämlich die, die Integration fördert, hat eine ordnungspolitische Wirkung. (Das Wort Inklusion war damals noch nicht erfunden.) Er spielte Polizei und Sozialarbeit nicht gegeneinander aus. Er hatte erkannt, dass sich beide Bereiche ergänzen und gemeinsam im Ergebnis effektiver sind. Er suchte und fand Partner im Feld der sozialen Arbeit, die den ordnungspolitischen Aspekt sozialer Arbeit ähnlich sahen. Die Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. entwickelte das Angebot FAXE aus Kontaktladen und dem aufsuchenden Teil des Streetwork. Die Aktivitäten von Polizei und Ordnungsamt wurden, soweit mir bekannt, nur sehr moderat verstärkt.

Ergebnis: Es wurde ruhiger am Bremsheyplatz, die Zahl der Polizeieinsätze ging zurück. Wenn Polizeieinsätze nötig waren, liefen sie sachlicher und ruhiger, trafen auf weniger aggressive Gegenwehr. Mehr Bedürftige wurden in das Hilfesystem integriert. Kurz: die öffentlichen Ärgernisse hatten deutlich nachgelassen, ein sogenannter „Angsträum“ hat aufgehört zu existieren.

Jetzt zu heute: Wieder steht die Forderung ordnungspolitisch aufzurüsten. Sehr viel stär-

ker als damals. Die Forderung nach ordnungspolitischer Aufrüstung ist heute allerdings nicht begleitet durch den Aufbau sozialer Hilfestrukturen.

Ganz im Gegenteil, die Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. hat aus finanziellen Gründen ihr Angebot aus Kontaktladen und Streetwork drastisch reduzieren müssen. Selbst die Zukunft dieses Minimalangebotes ist unsicher. An dieser Stelle wird aus nicht intelligenter Ordnungspolitik dumme, kurzsichtige Ordnungspolitik. Dumm deshalb, weil nicht auf die positiven Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgegriffen wird. Erfahrungen, die nicht irgendwo theoretisch am grünen Tisch gemacht wurden, sondern sehr praktisch und sehr erfolgreich in der eigenen Stadt. Dumm nenne ich diese Politik, weil sie sich weigert aus diesen Erfahrungen zu lernen. Wie ist das Stichwort, wer nicht lernen will, bleibt dumm. Oder er versteckt sich hinter einer Ideologie. Letzteres gehört nicht zu dem Sprichwort. Könnte aber durchaus ein Grund sein, sich dumm zu stellen.

Aber etwas Versöhnliches und Optimistisches zum Schluss. Menschen sind generell lernfähig und lernen macht klug. Lernen kann auch Politik klüger machen.

Thomas Müller



Im Jahre 2000 konnte durch ein Bündnis von Jugendstadtrat, Kirchen, Solinger Appell und sozialpolitisch Engagierten die von CDU und FDP beabsichtigte Verschärfung der Straßenordnung verhindert werden.

Foto: tacheles Titel Nr. 18, Sommer 2000

Kontaktadresse:
Zukunftswelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11

Agenda
Preisträger
2000

Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
Zukunftswelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

GEPLANTE GEWERBEGEBIETE IM ITTERTAL: GESAMTGUTACHTEN BESTÄTIGT MASSIVE ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN

Das am 9.12.2013 vom Stadtentwicklungsausschuss (ASUKM) beschlossene „Gesamtgutachten Ittertall“ wurde jetzt, 2 ¼ Jahre danach, endlich vorgelegt. Es empfiehlt, das Gewerbegebiet Buschfeld (nördlich Garzenhaus) nicht weiter zu verfolgen und Keusenhof (Wilzhauser/Kuckesberger Weg) zunächst nicht weiter zu verfolgen. Trotz hoher Umweltauswirkungen sollen aber bei Piepersberg-West (westlich Piepersberg-Ost) und Fürkeltrath II (nördlich Holz) die Flächen im Besitz der Wirtschaftsförderung Gewerbegebiete werden. Obwohl im Beschluss des ASUKM „in Bezug auf die weitere Bebauung des Ittertals, insbesondere durch Gewerbeansiedlungen, die Erstellung eines Gesamtgutachtens unter Nachhaltigkeitsaspekten und ökologischen Gesichtspunkten“ gefordert wurde, interpretierte die Verwaltung dies ganz in ihrem Sinne: Zwar wurden die Auswirkungen der vier auf Solinger Seite des Ittertals geplanten Gewerbegebiete untersucht. Die Folgen der darüber hinaus gehenden zusätzlichen weiteren Bebauung des Ittertals wurden jedoch nicht bewertet. Dazu gehören u.a. das noch nicht bebauete Gewerbegebiet Fürkeltrath I, weitere Wohnbebauungen auf Solinger- sowie zusätzliches Gewerbe auf Haaner Seite. Auch die sich anhäufende Wirkung der zahlreichen, gerade nahe den Quellen des Ittertals eng zusammenstehenden, geplanten bzw. vorhandenen Gewerbegebiete wurde nur unzureichend betrachtet. Dennoch bestätigen die Gutachten-Teile „Ökologische Aspekte“ und „Ergänzung zur Raumwiderstandsanalyse“, beide vom Aachener Büro BKR, die Gefährdung des Ittertals durch die Planungen. Im Folgenden – kursiv gesetzt – Auszüge daraus:

Buschfeld: Schädigung des Naturschutzgebietes, Klimaveränderungen im Ittertall ...

- „sehr hohe ökologische Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sowie hohe Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Pflanzen / Tiere“
- „hohe Bedeutung als Puffer und Ergänzungsflächen zum NSG mit entsprechendem Entwicklungspotenzial (...) Verlust von Acker- und Grünlandflächen mit Habitatfunktionen für verschiedene planungsrelevante Tierarten (Avifauna, Fledermäuse), z.T. auch essenzielle Habitatfunktionen nicht auszuschließen – insbes. Kleinkolonie der Rauchschnalbe. Beeinträchtigung von Vorkommen planungsrelevanter Tierarten im Umfeld je nach Gewerbeart nicht auszuschließen.“
- „Buschfeld stellt eine große, zusammenhän-

gende Freilandfläche dar, die sich im Fall einer Bebauung zu einer großen lokalen Wärmeinsel wandeln könnte. (...) Mit einem Kaltluftbildungspotenzial-Anteil von rund 9 % bezogen auf die Kaltluftflächen des südlichen Ittertals käme es im Fall einer Bebauung der Fläche Buschfeld zu einer deutlichen Reduzierung der Kaltluftströmung.“

Dies würde eine starke Klimaveränderung im Ittertall selbst bedeuten.

- „Durch Überbauung / Versiegelung erfolgt ein vollständiger Funktionsverlust bedingt naturnaher besonders schutzwürdiger Böden, die zu den fruchtbarsten Böden des Stadtgebietes zählen“

Keusenhof: Enorme Erschließungskosten, Zerstörung eines der fruchtbarsten Böden Solingens ...

- „sehr hohe Auswirkungen auf das Schutzgut Boden“

- Mit geschätzten Erschließungskosten in Höhe von 5.360 T € „schneidet der Standort Keusenhof insbesondere aufgrund der schlechten verkehrlichen Anbindung vergleichsweise ungünstig ab.“

- „Durch Überbauung erfolgt eine Zerstörung überwiegend bedingt naturnaher besonders schutzwürdiger Böden, die zu den fruchtbarsten Böden des Stadtgebietes zählen“

- „Verlust hauptsächlich von Acker- und Grünlandflächen voraussichtlich überwiegend mit Nahrungshabitatfunktion für verschiedene planungsrelevante Tierarten (Avifauna, Fledermäuse)“

Piepersberg-West: Gefährdung eines der wichtigsten rechtsrheinischen Biotopverbände, Erhebliche Veränderung des Talraums ...

- „hohe ökologische Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Landschaftsbild, Pflanzen / Tiere“

- „Hauptsächlich direkter Verlust von landwirtschaftlichen Flächen mit mittlerer allgemeiner Bedeutung als Lebensraum, jedoch mit hoher Bedeutung für den Biotopverbund. Hierdurch in Verbindung mit den Gewerbeflächen Piepersberg-Ost Verschmälerung des verbleibenden Verbundkorridors auf eine Breite zwischen 135m und 180 m (Richtwert für regionale Korridorbreite 500 m gem. Projektgruppe Umweltplanung der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal 1996). Aufgrund dieser kumulativen Wirkung wird die Inanspruchnahme des Lebensraums und des Biotopverbunds insgesamt als hoch bewertet.“

Damit wäre eine bedeutende Schwächung des

Kernstücks eines der wichtigsten überregionalen Biotopverbände im Rechtsrheinischen verbunden, der sich bis heute in der dicht bebauten Metropolregion Rhein-Ruhr erhalten hat. Der gefährdete Biotopverbund verbindet das Großbiotop Burgholz / Tal der Wupper, über das Ittertall mit der Hildener- und der Ohligser Heide. Er setzt sich südwestlich der Ohligser Heide fort als Biotopverbundachse zwischen Rheinaue und Heideterrasse (zwischen Hilden-Erikasiedlung und RIchrath bzw. zwischen Garath und Baumberg) bis hin zur Urdenbacher Kämpfe am Rhein. Zusätzlich erweitert sich der Biotopverbund westlich der Hildener Heide über Elbsee, Unterbacher See bis zum Eller-, Hasseler- und Benrather Forst. Im vom Landesumweltamt erstellten Fachbeitrag zum Regionalplan werden in diesem zusammenhängenden Freiraum durchgängig Flächen als „Biotopverbund -herausragende Bedeutung-“ und „Biotopverbund -besondere Bedeutung-“ bewertet, so auch Piepersberg-West und große Teile von Fürkeltrath II. Besonders wichtig ist der Biotopverbund für wandernde Vögel und Fledertiere. So hieß es schon im Umweltbericht zu Piepersberg-Ost: „Das Plangebiet stellte jedoch eine Haupt-Flugroute (Verbindungsstrecke vom Schlafplatz zum Jagdplatz) vom südlichen Ittertall zur Wupper dar.“

- „Der Talraum ist künftig beidseits von gewerblichen Bauflächen eingegrenzt, die mit großvolumigen Gebäuden und Lichtmissionen eine erhebliche Veränderung des Landschaftsbildcharakters des Talraums bedingen.“

Fürkeltrath II: Großflächige Veränderung des Landschaftsbildes, massive Beeinträchtigung der ökologischen Landwirtschaft ...

- „hohe ökologische Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Pflanzen / Tiere“

- „Die Fläche besitzt eine erhöhte Empfindlichkeit aufgrund der Kuppenlage und der hiermit verbundenen großräumigen Sichtbarkeit. Diese bestehen vornehmlich von den gegenüberliegenden Hanglagen, eher weniger aus den bewaldeten Tallagen. Großflächige Veränderung des Landschaftsbildcharakters durch großvolumige Gebäude und Lichtmissionen. Einschränkung der Sichtbeziehungen. Hierbei auch kumulierende Wirkungen mit dem östlich anschließenden Gewerbegebiet Fürkeltrath I sowie auf Haaner Stadtgebiet.“

- „Von der vorgesehenen gewerblichen Entwicklung ist ein einzelner landwirtschaftlicher Hof innerhalb des Plangebietes betroffen – inwieweit der Hof integriert werden



Das Luftbild zeigt das obere Ittertal und die größtenteils erst noch geplante bauliche Verdichtung von Haan über Wuppertal bis Gräfrath. F-1 + F-2 = Fürkeltrath I und II, P-O + P-W = Piepersberg Ost und West. Foto: Matthias Kunde, Montage: BI „Rettet das Ittertal“.

kann, obliegt einer konkreteren Planung.“ Zwar soll der hier gemeinte Kirberghof, der sich, urkundlich belegt, seit 1000 Jahren in Familienbesitz befindet, nach Verwaltungsempfehlung jetzt nicht mehr direkt mit Gewerbe überplant werden. Dieses soll aber nebenan entstehen, was sehr problematisch ist: Der Hof wird seit 20 Jahren ökologisch bewirtschaftet (BIOLAND-Betrieb). Es ist ein Lern-Bauernhof, der Grundschulen Kurse anbietet. Auf dem Hof wird ein neues Wirtschaftsmodell, die Solidarische Landwirtschaft, erprobt (siehe tacheles Nr. 61 + 63). Dazu kommt: Eine weitere Biobäuerin bewirtschaftet eine Pachtfläche auf Fürkeltrath II. Sie müsste dem Gewerbegebiet weichen.

- „Mittleres bis hohes Risiko einer Beeinträchtigung des im direkten Umfeld liegenden Holzer Baches insbesondere durch die Entwässerung. Mittleres Risiko einer Grundwasserverschmutzung aufgrund der teilflächigen zu erwartenden, geringen Grundwasserflurabstände in einem Gebiet ohne nennenswertes Grundwasservorkommen.“

- „Risiko für Störungen von Vorkommen planungsrelevanter Tierarten der ökologisch hochwertigeren Strukturen im Umfeld (insbe-

sondere Holzer Bachtal, strukturreiche Gärten und Obstwiesen bei Gütchen).“

Hohe Erschließungskosten für Piepersberg-West und Fürkeltrath II auch ökonomisch unsinnig

Unverständlich – und wohl der Einflussnahme der Wirtschaftsförderung geschuldet – sind die Empfehlungen des Gutachtens und der Stadtverwaltung für das weitere Vorgehen bei den Planungen zu Piepersberg-West und Fürkeltrath II: Trotz der benannten hohen ökologischen Auswirkungen soll der Besitz der Wirtschaftsförderung als Gewerbegebiet entwickelt werden. Dieser beträgt aber jeweils nur 45% des ursprünglichen Plangebietes. Die aufwändige Erschließung mit Geländeumformungen und Stützmauern für ebene Bauflächen, mit denen z.B. bei Fürkeltrath II Höhendifferenzen bis 12m terrassierend ausgeglichen werden müssen, lohnen sich nicht. Im von Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung erstellten Gutachten-Teil wird prognostiziert, dass 264 - 440 Beschäftigten auf Piepersberg-West arbeiten würden. Dass dies realitätsferner Wunschglaube ist, wird deutlich, wenn man weiß, dass die Stadt diese Fläche für die BHC-Halle mitten im Grünen ohne jede

Anbindung an städtische Strukturen oder Nahverkehr nutzen will.

Im Gutachtenteil „Nachhaltigkeit“, der von der Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung erstellt wurde, werden zwar (schön gerechnete) Arbeitsplatz- und Gewerbesteuer-Erwartungen beschrieben. Nicht berechnet wird aber der Wertverlust durch den rasant fortschreitenden Flächenverbrauch sowie die Zerstörung von Naherholungsraum, Lebensqualität, Biologischer Vielfalt und Klima. Auch der Verlust von touristischer Attraktivität oder der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen und Arbeitsplätzen wird nicht berechnet.

Am 8.3. forderte der Landschaftsbeirat einstimmig „Abstand zu nehmen“ von den Planungen, „um dem Regionalen Grünzug Ittertal und der Ökologischen Bewertung Rechnung zu tragen“. Am 10.3. nahmen ca. 150 BürgerInnen an der Bürgerbeteiligung zum Gutachten teil. Sie wandten sich durchgängig gegen die Gewerbegebiets-Planungen. Die Auseinandersetzung um den Erhalt des Ittertals geht weiter, entscheidend werden die Voten von Stadtrat und Regionalrat im Herbst sein.

Dietmar Gaida

WAS WIRD AUS DEM SCHWIMMBAD VOGELSANG?

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ warnt erneut:

Ein PPP-Schwimmbad ist langfristig eine überteuerte und schlechte Lösung!

Die Skepsis ist allgemein gewachsen, dass ein neues Schwimmbad am Standort Vogelsang tatsächlich mit kommunalen Mitteln finanziert werden kann, wie es derzeit noch vorgesehen ist. Der von der Stadt gestellte Antrag auf Fördergelder vom Bund für Infrastrukturprojekte in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur wurde abgelehnt. Für das 140 Millionen Euro-Programm lagen dem Bundesministerium 130 Anträge in Höhe von insgesamt 2 Milliarden Euro vor. Damit fällt ein Standbein zur Finanzierung des neuen Schwimmbads weg. Es bleibt nur noch die Hoffnung auf eine Genehmigung für die Aufnahme von Sonderkrediten, die die Stadtspitze bei der Bezirksregierung Düsseldorf beantragt hat. Im Rahmen dieser Sonderkredite hat die Stadtspitze für 2016 und 2017 insgesamt neun Millionen Euro für den Neubau Vogelsang eingeplant. Thomas Wolthoff, Geschäftsführer der Bädergesellschaft: „Wenn die Genehmigung nicht kommt, muss man sich Gedanken über ein Investorenmodell machen.“ (ST 27.1.2016). Bereits Ende Januar 2015 machte sich die Solinger CDU und deren sportpolitischer Sprecher Frank Schütz für einen Neubau des Schwimmbads Vogelsang als PPP-Projekt stark – nach dem Vorbild des Allwetterbads Friesoythe. Das Bauunternehmen Depenbrock aus Bielefeld hat das Bad in einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft für die Stadt Friesoythe geplant, gebaut und unterhält es für die kommenden 25 Jahre. Dafür zahlt die Stadt ab Fertigstellung eine „Miete“ an die finanzierende Bank. Dem Bauunternehmen zahlt sie zusätzlich einen regelmäßigen Betriebskostenzuschuss. Friesoythe konnte den Haushalt kurzfristig um die Baukosten entlasten, legt langfristig möglicherweise aber viel Geld drauf, denn der Vertrag wurde als „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ für 25 Jahre abgeschlossen.

Achtung – hier liegen die Risiken in den PPP-Verträgen für Schwimmbäder:

„Forfaitierung mit Einredeverzicht“

„Forfaitierung mit Einredeverzicht“ ist ein kreditähnliches Rechtsgeschäft – stellt also eine Verschuldung dar. Mit der Unterschrift des Oberbürgermeisters geht der Investor mit dem „Mietvertrag“ zur Bank und verkauft ihr die Mietforderungen. Die Bank schätzt den Gesamtwert der Mieten für die gesamte Laufzeit, in der Regel für 25 Jahre, und zahlt an den Investor den Gesamtbetrag sofort aus, bzw. verrechnet die Summe mit dem Baukredit und mit gewissen Abzügen. Das ist die „Forfaitierung“.



Der Kredit:

Die Bank verlässt sich auf die Rückzahlungssicherheit der Kommune, welche vertraglich verpflichtet ist, Tilgung und Zins in jedem Fall zu bedienen, unabhängig von den Leistungen der privaten Investoren.

Handelbar:

Der Kredit ist weiterverkäuflich, ein weiteres Risiko. Oft geschieht dies zum ersten Mal unmittelbar nach Vertragsabschluss (wie beim PPP-Rathaus). Damit könnte sich das Schwimmbad plötzlich im Portfolio eines „Global Player“ wiederfinden.

Betriebskosten

Die Konditionen für den Betriebskostenzuschuss werden in einem geheimen Vertrag festgelegt. Mögliche Kostensteigerungen während der Vertragslaufzeit werden zwar einkalkuliert, übersteigen auf längere Sicht aber immer wieder die Erwartungen. Kürzungen für Minder- oder Schlechtleistungen im laufenden Betrieb werden durch den „Einredeverzicht“ ausgeschlossen oder mit ei-

nem komplexen Rechtsweg enorm erschwert.

Nutzerfreundlichkeit:

Die Eintrittspreise würden bei einem PPP-Schwimmbad im Vergleich zum städtischen Vogelsang-Schwimmbad erheblich ansteigen. Das Angebot für Reha-Sport könnte dagegen erheblich eingeschränkt werden.

Geheimhaltung:

Durch die übliche Geheimhaltung solcher Verträge kann vom Bürger nichts überprüft werden.

Kurzfristiger Vorteil – langfristige Risiken:

Die gesamte Solinger Politik hat mittlerweile realisiert, dass der Neubau des Rathauses im Jahr 2008 als PPP-Projekt ein schlechtes Geschäft war: Die Stadt zahlt bis zum Ablauf der 30-jährigen Vertragslaufzeit fast doppelt so viel Miete wie der Bau gekostet hat – und dann gehört das Rathaus immer noch nicht der Stadt. Der Vorteil, die Baukosten nicht auf einen Schlag erbringen zu müssen und am Haushalt vorbeischieben zu können, wird damit langfristig sehr viel teuer. Mit einem Neubau des Schwimmbads Vogelsang als PPP-Projekt wird es sich genau so verhalten – und aus Fehlern sollte man eigentlich lernen! Die Landesrechnungshöfe haben übrigens schon mehrfach Fehler bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung solcher PPP-Projekte kritisiert.

Alternative:

Sollte ein Neubau nicht finanziert werden können, muss ein Ratsbeschluss angestrebt werden, der dann eben doch die Sanierung des bestehenden Schwimmbads vorsieht. Ein weiteres PPP-Projekt in Solingen darf es auf keinen Fall geben! Denn damit würden dem städtischen Haushalt langfristige Belastungen durch eine millionenschwere Verschuldung mit unkalkulierbaren Risiken aufgebürdet. Außerdem würde damit ein weiteres Element der Daseinsvorsorge privatisiert. Das lehnt „Solingen gehört uns!“ entschieden ab, denn Daseinsvorsorge gehört in Bürgerhand.

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ appelliert an die Solinger Politik, sich nicht noch einmal auf ein risikoreiches „PPP-Projekt“ einzulassen.

Sollte sich die Planung eines PPP-Projekts abzeichnen, wird bereits überlegt ein Bürgerbegehren dagegen in die Wege zu leiten!

(Englisch: PPP – Public Private Partnership, Deutsch: ÖPP – Öffentlich Private Partnerschaft)

Birgit Correns

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 €

frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.

IBAN: DE3133060592000546461
Stichwort „tacheles-Abo“

BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)



NICHT NUR FLÜCHTLINGE MÜSSEN SICH INTEGRIEREN ...

Der Verein Flüchtlingshilfe Solingen bildete sich im Januar 2015 und gründete sich am 23. August 2015 als e.V. Er hat es sich zum Ziel gesetzt Flüchtlingen sowie auch Bedürftigen in Solingen bei all ihren Belangen Hilfe zu leisten.

Zurzeit stellt sich die schwierige Aufgabe den neu Angekommenen ein Heim zu suchen. Nachdem die Flüchtlinge teilweise mehrere Monate in bergangsheimen oder Turnhallen verbracht haben, suchen sie nun eine Erlösung von Lärm, Stress und Ziellosigkeit. Der Verein versucht nachhaltig durch pragmatische und menschliche Vorgehensweise, Lösungen für die Sorgen und Nöte der „Ankommenden“ in Solingen zu suchen.

Seit mehr als einem Jahr arbeiten die vielen – Paten des Vereins daran, für ihre Schützlinge in Solingen neuen Wohnraum zu finden. Dies stellt sich in den letzten Wochen immer schwieriger dar.



Die Solinger Firma UST Jaguar spendete Friseurartikel, damit Bedürftigen die Haare geschneitten werden können

HEART-Line Café

Der Verein, der inzwischen am Ufergarten 25 sein HEART-Line Café eröffnete, der als Treffpunkt vieler Menschen genutzt wird, stellt den Neu-Solingern mehr als 20 Computer-Plätze zur Verfügung, sodass die Wohnungssuche im Internet sowie aber auch von Zeitungsinseraten relativ schnell anzugehen ist. Das Problem zeigt sich für den Verein und deren Paten erst, wenn die Vermieter kontaktiert werden und die Bereitschaft, die angebotenen Wohnung an einen Flchtlng abzugeben in der Regel mehr als negativ ist. Nach Rücksprache mit diversen Wohnungseigentümern wurde schnell deutlich, dass die Vermietung an eine Flchtlngsfamilie sehr viele Hürden mit sich bringt. Die vom Jobcenter vorgegebenen Miethöhen, (gleiche Höhe für Menschen die unter Hartz 4 leben!!) sind oftmals zu gering. Viele Wohnungen liegen meist 5 bis 20 Euro über dem genannten Satz. Hinzu kommt, dass viele Wohnungen



Die Räume der Flüchtlingshilfe Solingen e.V. liegen am Ufergarten 25

für Senioren reserviert wurden, die es laut Ansicht der Anbieter nicht erlauben, Flchtlngsfamilien oder auch Einzelpersonen zu integrieren. Da der Verein derzeit auch viele Menschen betreut, die unter Hartz 4 leben müssen, zeigt sich auch dort das

Schön! Die Flüchtlinge sind nun nicht mehr auf der Flucht, sondern angekommen. Sie möchten sich integrieren, so zeigt es sich jedenfalls beim Verein Flchtlngshilfe Solingen, wo die – nennen wir sie jetzt dann mal „Neu-Solinger“, sich gerne mit einbrin-



„Real Solingen“, das Team der Flchtlngshilfe

gleiche Bild.

Die Vereinsvorsitzende, Saskia Frings, geht davon aus, dass die Vermieter oftmals nicht richtig informiert sind und sich aufgrund einer Vielzahl von Meldungen in der Presse verunsichert fühlen. Selbstverständlich sind es auch die verschiedenen Kulturen mit ihren individuellen Eigenheiten, die den Menschen die Annäherung erschweren und teilweise sogar unmöglich machen.

Dann heißt es oft: „Die müssen sich erst einmal integrieren!!!“

Was heißt eigentlich Integration?

Laut Wikipedia: **Integration** (die, von lateinisch *integrare*, erneuern, ergänzen, auffrischen*)



Gemeinsames HEART-Line Café Frühstück

gen möchten. Täglich können die Helfer vor Ort diesen Wunsch hören und können leider nur mit den Schultern zucken, da ein sich beteiligen erst nach positivem Bescheid des Asylantrags möglich wird. Dieses Prozedere dauert lange, teilweise sogar bis zu 15 Monate. Erst nach dieser Zeit des Wartens und des „Essen, Trinken, Schlafen-Programms“ wird den angekommenen Neu-Solingern diese Möglichkeit geboten. Das alles dauert für diese Menschen viel zu lange. Die meist traumatisierten Menschen halten diesen Zustand kaum aus. Viele denken nur an ihre Familien in den Kriegsgebieten. Es ist schwer, sich auf einen Deutschkurs in dieser Situation zu konzentrieren, wenn am frühen Morgen ein Familienmitglied auf der Flucht oder auch im Heimatland ums Leben kam.

Der Verein möchte bei zwei wichtigen Punkten helfen:

Bei der Wohnraumsuche sowie bei der Beschäftigung von Neu-Solingern.

Jeder Pate kennt seinen Schützling inzwischen sehr gut. Er hat die verschiedenen Seiten durch Gespräche und gemeinsame Unternehmungen kennenlernen dürfen und ist daher in der Lage eine Brücke zwischen Vermietern, Maklern, Arbeitgebern und Institutionen zu bauen. Diese Möglichkeit möchte der Verein weiter ausbauen und gibt den oben genannten mit „freiem Geist“ die Gelegenheit, sich mit dem Verein in Verbindung zu setzen, insofern z. B. eine Wohnung oder aber auch ein möglicher Hospitationsplatz „in gute Hände“ gegeben werden soll. Die Paten vereinbaren zunächst ein erstes Kennenlernetreffen in den Räumlichkeiten am Ufergarten 25 oder natürlich auch gerne vor Ort.

Auf diese Weise möchte der Verein eine Brücke zwischen den einzelnen Interessenten bauen.

Saskia Frings

Fotos: Flüchtlingshilfe Solingen



Der gespendete Zwillingsskinderwagen fand sofort dankbare Abnehmer



Das THW spendete 50 Stühle und zehn Tische



Unsere Schneider helfen gerne, z.B. beim kostenlosen Schneidern von Gardinen für neue Flüchtlingswohnungen

Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

Mittwochs offene Tür
von 12:00 bis 15:00 Uhr
Offener Willkommensstreiff für Flüchtlinge und
UnterstützerInnen
von 15:00 bis 18:00 Uhr
Koffieklatsch



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



DAS STÄDTISCHES KLINIKUM SOLINGEN UND DIE FALLPAUSCHALE

Das städtische Klinikum ist ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge mit etwa 29.000 Patienten im Jahr bei 720 belegbaren Betten. Zugleich ist es einer der größten Arbeitgeber in Solingen mit 1.500 Beschäftigten (Voll- und Teilzeit) und 16 Chefarzten.

Der Jahresumsatz liegt bei ca. € 120 Millionen. Es ist zu 100 % in kommunaler Hand. Alle Abteilungen laufen im Eigenbetrieb (auch Küche, Wäscherei, Reinigung etc.).

Die Fallpauschale / DRG (Diagnosis Related Groups)

Bis Ende 2003 wurden Krankenhäuser durch eine Bettenpauschale finanziert, die von den Krankenkassen pro belegtes Bett gezahlt wurde, egal ob die Behandlung selbst aufwendig oder weniger aufwendig war.

Das führte dazu, dass die Krankenhäuser möglichst viele Betten anschafften und belegten, um teure Behandlungen durch eine möglichst hohe Belegungszahl finanzieren zu können.

Mit der Einführung der Fallpauschale im Jahr 2004, die die Krankenhäuser zum wirtschaftlicheren arbeiten drängen sollte, änderte sich die Situation grundlegend:

Bei der Fallpauschale steht für jede Behandlung oder Operation nur noch ein begrenztes Budget zur Verfügung. Dauert die Behandlung länger oder wird aufwendiger, bekommt das Klinikum die zusätzlichen Leistungen nicht bezahlt. Alle über die festgelegte Pauschale hinaus entstehenden Kosten pro „Fall“ werden von den Kassen nicht mehr erstattet.

Deshalb schreiben seit Einführung der Fallpauschalen 2004 immer mehr Kliniken rote Zahlen.

Durch die Fallpauschale wächst der Druck besonders auf die kommunalen Krankenhäuser wirtschaftlicher zu arbeiten – denn, schreibt ein kommunales Krankenhaus zu lange und zu hohe rote Zahlen, nutzen ganz

schnell private Investoren die Gelegenheit um das Krankenhaus zu übernehmen.

Die Folgen

Unter der Klinik-Leitung von Hans-Joachim Fietz-Mahlow kamen in Folge nur noch durch Einsparungen bei z. B. Reparaturen und Ausstattung die schwarzen Zahlen zustande. Das Ergebnis am Ende seiner Dienstzeit war ein riesiger Investitionsstau.

Seit vor drei Jahren Hans-Joachim Fietz-Mahlow die Leitung abgegeben hat, schreibt das Klinikum deshalb rote Zahlen. Die sind bedingt durch millionenschwere Investitionen in eine dringend notwendige und umfangreiche Sanierung, 2015 war die Bilanz deshalb mit € 1,8 Mio. im Verlustbereich. Aber auch für die nächsten zwei Jahre sind weitere Millionen Euro notwendig, um den Investitionsstau abzubauen und eine gelungene Neuaufstellung zu sichern.

Die Konsequenzen

Insgesamt wird auch an einer Optimierung der Organisation gearbeitet.

Vor einem Jahr wurde durch einen Gutachter festgestellt, dass im Klinikum die Bettenauslastung bei „nur“ 85 % liegt. Rund 100 Betten sollten deshalb abgebaut werden.

Im Haus G wurden in Folge drei Etagen geschlossen, im Hochhaus zwei Etagen für Wahlleistungen fertiggestellt. Das Klinikum ist auf diese zusätzlichen Einnahmen angewiesen. Der ursprünglich geplante Neubau mit einem Wahlleistungsangebot wurde dafür gestrichen.

Die roten Zahlen sorgen im Klinikum allerdings schon für Gerüchte über eine mögliche Privatisierung, und der Name „Helios“ soll gefallen sein. Helios/Fresenius ist die größte private Klinikgruppe in Deutschland, noch vor dem Rhön-Klinikum und den Sana-Kliniken.

Doch diese Sorgen sind zurzeit noch unbegründet wenn es das Klinikum schafft, in den nächsten Jahren nach erfolgreicher Neuaufstellung wieder Gewinn einzufahren – was durchaus zu erwarten ist. Wenn das Klinikum das nicht schafft – dann könnte es kritisch werden, denn interessierte Investoren werden die weitere Entwicklung genau beobachten, um sich bei passender Gelegenheit das Krankenhaus unter den Nagel reißen zu können.

Unterstützende Lösungsansätze

Dem Klinikum würde es in der momentanen Situation sehr helfen, wenn es zu-



mindest vorübergehend von den jährlichen Abgaben in Höhe von € 500.000 an die Stadt befreit würde.

Auf Dauer sollte die Abschaffung der Fallpauschale das Ziel sein, denn letztendlich setzt sie nicht nur die Kliniken unter finanziellen Druck, sondern beeinträchtigt auch eine unter menschlichen und ethischen Aspekten angemessene Behandlung der Patienten.

Auch die Hygiene, und damit der Kampf gegen die resistenten Krankenhauskeime (MRSA) könnte im Wesentlichen verbessert werden, wenn eine andere Art der Finanzierung gefunden würde.

Birgit Correns

Protest gegen Abschiebung



30 SolingerInnen zeigten am 20.4. ihre Solidarität gegen die Abschiebung der chronisch lebensbedrohlich kranken Lois Omene und ihrer acht und zwölf Jahre alten Töchter. Zuvor hatten 600 SolingerInnen eine Petition für sie unterschrieben, die dem Petitionsausschuss in Berlin vorliegt. Die 31-Jährige folgte der Vorladung zur Abschiebung nach Frankreich, über das sie eingereist war, nicht. Sie ist in Solingen integriert, ebenso ihre Töchter. Die Abschiebungsdrohung verschlechtert ihren Gesundheitszustand.



TÜRKEI

NICHT LÄNGER WEGSCHAUEN — MENSCHENRECHTE ACHTEN!

Wir rufen, angesichts der sich in der Türkei dramatisch zuspitzenden Verletzung der Demokratischen- und allgemeinen Menschenrechte, mit der Folge eines drohenden Bürgerkrieges, dazu auf, nicht länger und vor allem nicht stillschweigend akzeptierend, wegzusehen. Seit 1.11.2015 ist durch die AKP-Regierung und Erdogan in den kurdischen Städten Cizre, Silopi, Nusaybin, Diyarbakir Sur, und Silvan der Ausnahmezustand mit Ausgangssperren verhängt worden. Durch Militär- und Polizeiangriffe sind nach Schätzungen mehrere hundert Zivilisten, darunter Kinder und alte Menschen, umgekommen. Etwa 200.000 Menschen sind auf der Flucht, Schulen wurden geschlossen, Leichen dürfen nicht beerdigt und Verletzte nicht behandelt werden. Gegen diesen Terror haben 1128 Wissenschaftler von 89 Universitäten einen Aufruf zur friedlichen Lösung des Konfliktes

veröffentlicht. Erdogan und Ministerpräsident Davutoglu attackieren die Unterzeichner als Staatsfeinde und Volksverräter. Laut der internationalen ärztlichen Friedensorganisation, IPPNW, droht ihnen Haft, Entlassung und Disziplinierung. Etwa 20 von ihnen wurden bereits festgenommen.

Auch die Journalisten Can Dündar und Erdem Gül, die die Waffenlieferungen für den IS veröffentlicht haben, sitzen seit Monaten in Haft.*

Unsere Bundesregierung schaut hier weitgehend weg und toleriert stillschweigend diese eklatanten Verbrechen an den Menschenrechten. Der schon länger befürchtete Zusammenhang zwischen diesem Wegsehen und der Aufgabe, die Flüchtlinge in der Türkei festzuhalten, damit sie nicht zu uns kommen, wird immer erschreckender. Wir rufen Sie dazu auf: Informieren Sie sich über die Verhältnisse dort u. a. bei Amnesty International

(„Das unverhältnismäßige Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte ähnelt kollektiver Bestrafung und setzt das Leben Zehntausender Menschen aufs Spiel“) und bei weiteren neutralen Quellen. Beschäftigen Sie sich, in Ihrem Umkreis, in Ihrem Verein, Ihrer Organisation oder Partei mit den Verhältnissen dort und bilden Sie sich eine eigene Meinung, auf deren Grundlage Ihnen ein angemessenes und Ihren Möglichkeiten entsprechendes Handeln sinnvoll erscheint. Wir befürchten, dass es zu einem Bürgerkrieg mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung kommt, welche auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in unserem Land haben wird.

VisdP: Solinger Appell, Türkischer Volksverein c/o Café Courage Klemens-Horn-Str. 3 in 42655 Solingen

ErstunterzeichnerInnen:

Dr. M. Assemi-Kabir – Arzt; Birgit Correns; Reiner Daams; Ali Dogan – stellv. Betriebsratsvorsitzender; Helmut Eckermann; Bernhard Erkelenz; Dietmar Gaida – Ratsmitglied; Dr. Hans-Dieter Harbisch – Arzt; Elke Harbisch – Ärztin; Helmut Heide – Vertrauensperson Schwerbehinderte; Dr. Clemens Henrich – Arzt; Anke Jahnke – Betriebsratsvorsitzende; Dr. Wolfgang Kallenberg – Arzt; Dieter Keller – Ratsmitglied; Frank Knoche – stellv. Bezirksbürgermeister; Marcus Knoche; Susanne Koch; Roland Kopanka; Manfred Krause – Ratsmitglied; Rolf Leukel; Manuel Lisboa; Horst Müller; Dr. Martin Müller – Arzt; Josef Neumann – MdL; Enrique Pless – Ratsmitglied; Müslüm Polat – Vorstandsmitglied Alevitischer Verein Düsseldorf; Hasan Sevinc – Vorsitzender Förderverein Städtefreundschaft Ovacak/Tunceli - Solingen e.V.; Ibrahim Solmaz – Vorsitzender Alevitische Kulturgemeinde Solingen und Umgebung e.V.; Bernhild Terhorst – Ärztin; Ursel Ullmann – SOS-Rassismus; Dr. Heinz Voigt – Arzt; Gerd Völpel; Gerhard Walsken; Dr. Gregor Weimbs – Betriebsrat; und viele andere mehr

*Am 25.2. erklärte das türkische Verfassungsgericht die Verhängung der Untersuchungshaft gegen Dündar und Gül für nicht rechtmäßig. Sie wurden daraufhin am 26.2. aus der Untersuchungshaft entlassen, Erdogan sagte öffentlich, er akzeptiere die Entscheidung des Gerichts nicht. Er hoffe, dass das Verfassungsgericht keine Entscheidungen mehr treffe, „mit denen die Frage nach seiner Existenz und seiner Rechtmäßigkeit gestellt wird“. Die Journalisten dürfen das Land nicht verlassen und der Prozess gegen sie wird geführt. Ihnen droht lebenslange Haft.



Gedenkveranstaltung im Theater- und Konzerthaus



NEUES RECHERCHE-BUCH ZU NS-VERBRECHEN AM WENZELNBERG UND IM BURGHOLZ

Im November 2015 erschien der 14. Band der Buchreihe „Verfolgung und Widerstand in Wuppertal“. „In letzter Minute“ heißt dieser Band, der 70 Jahre nach Kriegsende über die nationalsozialistischen Endphaseverbrechen im Bergischen Land berichten will.

Noch „In letzter Minute“ tötete ein Hecken-schütze am Tag der Befreiung Wuppertals einen amerikanischen Soldaten in der Nähe des Berliner Platzes. Der Name des amerikanischen Soldaten, der so tragisch den Tod in Wuppertal fand, ist nicht bekannt. Wenig bekannt sind auch die Tötungen von deutschen Soldaten, die ebenfalls noch im letzten Moment, bevor der Frieden ausbrach, als Deserteure verhaftet und auf Erbslöh ihr Leben verloren.

Im Mittelpunkt des Buches stehen die Massaker im Burgholz und am Wenzelnberg. Im ersten Beitrag dokumentiert Lieselotte Bhatia in einem überarbeiteten und ergänzten Aufsatz ihre ganz persönliche Recherche über die Hintergründe des Burgholz-Massakers. Stephan Stracke rekonstruiert an Hand neuer Archivfunde und aktualisierter Fragestellungen die Ereignisse um das Massaker an der Wenzelnbergschlucht, fragt nach dem

Ausbleiben der Strafverfolgung und informiert über die Lebensgeschichten der (ver-gessenen) Opfer und Täter.

Peter Fey schließlich hat ein Lebensbild seines am Wenzelnberg ermordeten Großonkels Adolf Führer beigesteuert.

Darüber hinaus soll das Buch auch für die historisch-politische Bildungsarbeit nutzbar sein. So wurden in dem Buch einige wichtige Dokumente zu den Massakern zusammengestellt und mit kleinen Arbeitsaufträgen versehen, die ausdrücklich als Diskussionsanregung zu verstehen sind.

Insgesamt soll dieses Buch auch eine Anregung an Geschichtsinteressierte, GeschichtsaktivistInnen und HistorikerInnen sein, in neuen Projekten vor Ort zu graben und z.B. die Geschichte(n) der NS-Täter aus Polizei und Justiz und die Strukturen der regionalen Polizeibehörden, Gefängnisse und Zuchthäuser zu erforschen. Der Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal e.V. wünscht sich, dass diese Erkenntnisse auch in eine lebendige Gedenk- und Erinnerungsarbeit einfließen werden.

Lieselotte Bhatia · Stephan Stracke

In letzter Minute

Nationalsozialistische Endphaseverbrechen
im Bergischen Land



Bhatia, Lieselotte/Stracke, Stephan: In letzter Minute – Nationalsozialistische Endphaseverbrechen im Bergischen Land. Bildungsmaterial zur Wuppertaler Polizei- und Widerstandsgeschichte Bd. 1 De Noantri Verlag, 320 Seiten 18,00 € ISBN: 978-3-943643-03-9

REDE 73. JAHRESTAG DER SINTI-DEPORTATION

Heute vor 73 Jahren wurden mindestens 62 - zumeist Solinger - Sinti, die Hälfte davon Kinder unter 14 Jahren, von der Kriminalpolizei aus den beiden städtischen „Zigeuner-Lagern“ (Potschauser Straße 10 und Wörthstraße 24) zur Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz zusammengetrieben und abtransportiert. Für mindestens 55 von ihnen war dies eine Fahrt in den staatlich organisierten Mord, in den Tod.

Heute werden in dem gleichen, unserem Land, die jugoslawischen Roma als sogenannte „Balkan-Flüchtlinge“ in Sonderlagern konzentriert, zwar nicht in Tod, aber in Elend, Armut und Obdachlosigkeit in sogenannte sichere Herkunftsländer abgeschoben.

Sicher kann der Faschismus von damals nicht gleichgesetzt werden mit unserem relativ demokratischen System heute. Aber bei den Bildern von heute, in der Anwendung von staatlicher Gewalt gegenüber Sinti und Roma, kommen doch Assoziationen hoch, die an die ungebrochene historische Tradition der Diskriminierung und Verfolgung dieses wunderbaren und in jedes nationalstaatliche System schwer einzuordnende Volk erinnern. Fatima Hartmann, eine Rom, die als Kind nach Solingen kam, hat vor fünf Tagen vor

unserem dritten Gypsy-Swing-Jazz-Konzert im Theater bewegend erzählt, wie beschützt sie von Menschen in dieser Stadt aufgenommen und gefördert wurde. Es war nicht selbstverständlich, dass sie als vehemente Kritikerin der Abschiebepaxis von Roma, die seit Jahrzehnten in diesem Land Zuflucht gefunden haben und geduldet wurden, reden sollte. Im Ergebnis hat die angeblich Radikale den damaligen Menschen dieser Stadt ein Kompliment gemacht und uns darauf aufmerksam gemacht, dass heute ein anderer Wind weht.

Die Willkommenskultur der CDU 1990:

Unsere Heimat vor Sinti- und Roma Dieben schützen

Im August 1990 verbreitete der Stadtverband der CDU Merscheid eine schriftliche Bürgerinformation, in der auf übelste Weise „gegen die Unterbringung von Wirtschaftsflüchtlingen“ gehetzt wird. Anlass waren Pläne, im Merscheider Bunker Flüchtlinge unterzubringen, worunter auch Roma aus Jugoslawien gewesen wären. Für die CDU war natürlich schon vor der Prüfung der Asylanträge klar, dass es sich „bei dem genannten Personenkreis“ nicht um „klassische Asylanten, sondern um Wirtschaftsflücht-

linge, die unser System mißbrauchen“, handeln würde.

In der als Flugblatt verbreiteten Bürgerinformation heißt es denn auch:

„Wir befürchten, daß sich in nächster Zeit die Einzelhändler, wie aus anderen Stätten bekannt, in Merscheid und Umgebung über eine Zunahme der Ladendiebstähle ‚freuen‘ können. Den Dank dafür können sie der SPD zollen.“

Der SPD wird dann weiter noch unterstellt, dass sie Roma und Sinti nicht nur in dem Merscheider Bunker, sondern noch „lieber in schmucken Einfamilienhäusern untergebracht wissen möchte.“

Mit dem Aufruf zum Schluss des Flugblattes, dass „die CDU-Merscheid für eine lebenswerte Heimat Merscheid eintritt“ und deshalb „Hände weg vom Merscheider Bunker!“ fordert, soll offensichtlich den Wählern klar gemacht werden, dass die Aufnahme von Flüchtlingen dem Wert der „Heimat“ entgegenstehen würde.

Kommentar: Wahrscheinlich würde die CDU heute sich in dieser Form nicht mehr äußern. Die Vorlage aber wurde von NPD, Pro-NRW, AfD und Pegida usw. dankbar aufgenommen.

Frank Knoche

Der Gutmensch

Gutmensch, der [Substantiv, maskulin] meist abwertend und ironisch: [naiver] Mensch, der sich in einer als unkritisch, übertrieben, nervtötend oder ähnlich empfundenen Weise im Sinne der Political Correctness verhält, sich für die Political Correctness einsetzt.

Das Wort stand übrigens im Jahr 2000 zum ersten Mal im Duden.

So viel scheiße geht ab in der Welt,
wir führen Kriege um Götter, Länder und Geld.
Ich mein, es ist nur bedrucktes Papier
Und den Wert den es hat, den verleihen wir.
Und bei all dieser Scheiße, die eh schon passiert
Gibt es wirklich noch Menschen, die ganz ungeniert
Ihre rechte Scheiße in der Welt verbreiten
Und auf dummen Vorurteilen rumreiten.

„Die Asylanten kriegen mehr Geld als wir!“
Und „Benehmen sollen die sich hier!“
„Deutsches Geld für deutsche Kinder!“
Geht am Ende drauf für Rinder-
Hack,
man so ein Abfuck,
wir leben hier doch echt im Wohlstand.
Alle Menschen lieben Deutschland.

Und als wär das nicht schon ein Schlag in die Fresse,
hetzen sie auch gegen „Gutmensch“ und „Lügenpresse“.
Aber, das „gut“ im „Gutmensch“ schließt „schlecht-sein“ doch aus...
Warum erntet der Begriff dann doch so viel Applaus?!
Er ist schon zum Kampfbegriff mutiert,
der für PEGIDA als dumpfe Propaganda fungiert.

Aber was ist denn falsch daran andere zu unterstützen,
und nicht nur sich und seinen nächsten zu nützen?!
Zum Beispiel Menschen, die keine Heimat mehr haben,
während wir uns auf'm Sofa vor'm Flatscreen laben.

Menschen, die über's Mittelmeer kommen,
die letzten Kilometer wahrscheinlich geschwommen,
bis sie vermeintlich sicheres Land erreichen
und nachts heimlich über Grenzen schleichen.
Die ihre Familien zurück lassen
Um woanders neuen Mut und Fuß zu fassen.



Doch hier empfängt sie auch oft Hass,
der stete Tropfen füllt das Fass,
das langsam droht überzulaufen,
weil die Dummen sich zusammen raufen
und ihren Arsch vom Sessel erheben,
um öffentlich ihre Ressentiments auszuleben.

Ihr fragt euch warum Ahmed nicht arbeiten geht?
Sondern den ganzen Tag mit dem Smartphone vor'm
Wohnheim steht?
Naja, weil er einfach nicht arbeiten darf!
In seinem Zimmer findet er kaum Schlaf,
weil er das nämlich noch mit drei weiteren teilt,
was jedoch auch sein Heimweh nicht heilt.
Das Handy, die einzige Verbindung zur Heimat,
deren Verlust noch ständig an ihm nagt.

Was ist nun falsch daran, ihm Hilfe zu bieten?
Mit ihm zusammen eine Wohnung zu mieten?
Ihm einen Platz im Sprachkurs zu suchen,
einfach ein Stück abzugeben vom Kuchen?
„Diese Asylanten“ sind Menschen wie du und ich,
und ich für meinen Teil, schätze mich glücklich,
denn ich wurde in Sicherheit und Luxus geboren,
und habe weder Eltern noch Geschwister verloren.
Wir haben Dächer überm Kopf und Streetfood in der Hand,
warum drängen wir diese Leute an den Rand
der Gesellschaft und nicht in unsre Mitte?
Seht dies an als eine kleine Bitte:
Für mehr Mitgefühl und Menschlichkeit,
statt Eises Kälte und falschem Neid.
Das sind doch christliche Werte, wie ihr sie predigt.
Wie wär's, wenn ihr euch mal damit verewigt!
Statt als Häuser anzündender, pöbelnder Mob.
Über das folgende schüttelt ihr sicher den Kopp...
Aber, auch als Gutmensch hat man's nicht so leicht,
der Weg ist noch weit und das Ziel nicht erreicht.
Denn irgendwann soll das Dumme und Böse kapitulieren
Und nur noch Liebe und Frieden diese Welt regieren!

Ich persönlich bin stolz ein Gutmensch zu sein,
lieber das, als ein dummes Nazi-Schwein! ☺

Marina Dirks

Marina Dirks trug ihren Poetry-Slam „Der Gutmensch“ bei der Veranstaltung „MAMA AFRIKA“ mit Marima Kouyate und ihrer Band NGA NENE am 31.1. in der Lutherkirche vor. Das City Art Projekt und viele Sponsoren hatten diesen Abend ermöglicht. Der Erlös ging an Flüchtlingsprojekte für Kinder & Jugendliche.





NACHRUF AUF MANFRED KORTEN 1934-2016

Der Grafikdesigner und politisch engagierter Bürger Manfred Kortens ist am 10. Januar 2016 genauso leise von uns gegangen, nämlich ohne öffentlich bekannt gegebene Beisetzungsfeste, wie er sein Leben, sein Wirken und seine Politik gestaltet hatte: Stets leise, unaufdringlich, freundlich im Hintergrund, aber genauso stets äußerst hell und wachsam und stets auch leicht spitzbübisch zu einer kleinen flapsigen Bemerkung fähig.

Ich lernte Manfred Kortens und seine Frau Ingrid 2007 bei der Gründung der Bürgerinitiative gegen die weitere Privatisierung kommunalen Eigentums „Solingen gehört uns“ kennen. Bei der recht mühsamen Sammlung von schließlich 8.000 Unterschriften bildeten sie zusammen mit Edgar Scharmann und Farhid Assemi unsere höchst aktive Seniorengruppe. Auch wenn die Solinger Stadtspitze unseren Antrag auf ein Bürgerbegehren im September 2008 mit juristisch windigen Argumenten zu Fall gebracht hatte, war diese Bürgerinitiative aus einem anderen Grund heraus sehr erfolgreich, hatten sich doch Linke, Kommunisten, Liberale, Grüne, Kriegsgegner, Feministinnen, Gewerkschafter, engagierte Christen und Atheisten ungeachtet ihrer Differenzen kollektiv, einvernehmlich und eindeutig dazu bekannt, dass dem neoliberalen Umbruch un-

serer Gesellschaft ein eindeutiges „Ja“ zu einer öffentlichen Daseinsvorsorge entgegen gestellt werden muss.

Seit diesem September 2008 gehörten Manfred und Ingrid Kortens zu den regelmäßigen Besuchern der Vortragsreihe des DGB. Und außerdem waren es sie beide, die dann im Mai 2013 den DGB-Bericht der Solinger Armutskonferenz unter dem Titel „Armutszeugnis für Solingen“ gemacht hatten. Gemacht hieß in diesem Fall: Korrekturlesen, Zurverfügungstellung eigener Grafiken, Entwicklung eines Coverbildes, Layout und Drucküberwachung. Und wie schön war sie geworden, diese Broschüre (wenn man das bei diesem Thema überhaupt so formulieren darf) – ein wahres Schmuckstück einer widerständigen sozialen Bewegung, das ich natürlich auch im Solinger Stadtarchiv hinterlegt habe.

Beim letzten Kaffeetrinkbesuch meiner Frau und mir bei Kortens nur vierzehn Tage vor Manfred Kortens Tod schenkte er mir zum Abschied einen Spruch. Nicht irgendeinen Spruch und auch nicht einfach ein handschriftlich geschriebener Spruch auf irgendeinem Zettel. Das wäre nicht Manfred Kortens gewesen. Der Spruch stammte von dem irischen Dramatiker George Bernard Shaw, stand gedruckt und zentriert auf einem Zettel

auf gutem, leicht getöntem Papier und war von kunstvollen Zierleisten eingerahmt. Er hieß: „Je mehr ich von den begüterten Klassen sehe, desto mehr verstehe ich die Guillotine“. Ein Revolutionär, aber einer leiser, vornehmer und zurückhaltender: So war Manfred Kortens. Ich/wir vermisse/n ihn sehr!

Jörg Becker



„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.

Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org
info@solingen-gehoert-uns.org

Ein Plakat des Atelier Kortens zum Antikriegstag 1989. Manfred und Ingrid Kortens unterstützten hiermit eine Veranstaltung des Solinger Friedensforums, der Initiative für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und des AK Frieden der Kreissynode Solingen. Die Uraufführung des Antikriegsatoriums von Wolfgang Pasquay wurde zu einer der besten Veranstaltungen der damaligen örtlichen Friedensbewegung.

Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

Mai 2016

Sonntag 8.5. 19 Uhr Hangkgeschmedden
Sonntag 15.5. 19 Uhr Ohrwerk
Sonntag 22.5. 19 Radiostammtisch
Sonntag 28.5. 19 Uhr Mixtape

Juni 2016

Samstag 4.6. 20 Uhr Blaue Welle
Sonntag 5.6. 19 Uhr Stimme der Senioren
Sonntag 12.6. 19 Uhr Hangkgeschmedden
Samstag 18.6. 20 Uhr SoFis
Sonntag 19.6. 19 Uhr Ohrwerk
Samstag 25.6. 19 Uhr Mixtape
Sonntag 26.6. 19 Uhr Radiostammtisch

„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“



Verein zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge e.V.

gruppeninfos

Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:

Weyersberger Str. 32, Kontakt: isolmaz@arcor.de

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

Attac-Frühstückstreff: Jeden 3. Mittwoch, 10-12h im Café Courage

Ausländerrechtliche Beratungskommission: Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

BürgerEnergie Solingen eG: Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertäl“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 2. Dienstag im Monat, 19h, Café Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org, info@solingen-gehoert-uns.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorf Str. 87 donnerstags 20h

Critical Mass: Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19h, SG Parkplatz Eissporthalle

DFG Niederberg/Berg, Land: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen: anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingshilfe Solingen e.V.: www.fluechtlingshilfe-solingen.de, Ufergarten 25, 42651 Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

Flüchtlingsrat Solingen: Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19h, Café Courage

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal: Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 19.5.16, 20h, dann 14-tägig

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 02 12/23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal
tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96

April bis Juni 2016
getaway
Unsere beliebte Comedy-Show! Wieder jeden Mittwoch!

MI
Comedy Punch Club
Start: 20 Uhr Eintritt: frei

SA
jeden 1. Samstag
Charts Party
feat. ROCKBAR in der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA
Ü 30 Party
jeden 2. und 4. Samstag und in der Cocktailbar:
Night of Dance Classics oder Wilde 13 reloaded
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

SA
jeden 3. Samstag
Zurück in die Zukunft
80er & 90er Party feat. tanz:bar In der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

FR 06.05.2016
Reggae Reunion
Don Raggamore & guests
Start: 20 Uhr Eintritt: 5 €

FR 13.05.2016
WILD CATS
DJ Tam-R & guests
Start: 22 Uhr 10,- €

FR 20.05.2016
DÜRPEL PARTY
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

FR 27.05.2016
Herzhaft Pikant
Start: 23 Uhr 6,- €/8,- €

Kottendorfer Str. 21 - 42697 Solingen